Die These "Wachsen oder weichen" ist ein Irrsinn!

Autor(en): **Schilling, Rudolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **46 (1991)**

Heft 2

PDF erstellt am: **30.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-891860

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die These «Wachsen oder weichen» ist ein Irrsinn!

Mit dieser massiven Feststellung hat der deutsche Bauer Rudolf Schilling aus Rothenburg o.T. anlässlich der 2. internationalen Landbauberaterkonferenz auf dem Möschberg die Agrarpolitik der EG auf den Punkt gebracht. Schilling sieht die Zukunft der deutschen Bauern nicht rosig. Diese Zukunft wird von sinkenden Preisen, steigenden Kosten, zunehmendem sozialem Druck und stagnierendem Absatz geprägt sein.

Es werden uns in Europa in Zukunft frische, wenn nicht gar kalte Winde um die Ohren blasen. Denn die Richtlinien der Politik bestimmen nicht die Bauern, noch der Bundeskanzler, sondern das Kapital. Eine Möglichkeit, aus der EG auszusteigen gibt es nicht. Aber wir sind nicht gefragt, ob es uns passt, drin zu bleiben.

Ich bin der Meinung, dass unsere Agrarpolitik mit ihrem Latein am Ende ist. Vieles ist schon zerstört, vor allem bäuerliche Kultur und bäuerliches Denken. Vor Jahrzehnten schon hat man versäumt, die Weichen so zu stellen, dass man auch morgen noch freier Bauer sein kann.

Nach dem Motto «Im Dutzend billiger» sind die Erzeugerpreise in den letzten Jahren immer tiefer gesunken. Gleichzeitig sind jedoch die Kosten für Betriebsmittel angestiegen, was die Landwirtschaft zu einer immer stärkeren Intensivierung und Spezialisierung zwang. Immer mehr Maschinen und Chemie – sprich Kapital – und eine starke Vereinfachung der Fruchtfolgen führten zu einer zunehmenden Belastung von Böden, Wasser und Luft, unserer gesamten Umwelt. In der Aufstockung der Betriebe – wachsen oder weichen – hat man die Lösung für die Bauern gesucht.

Langfristig gesehen wird die Zerstörung der Bodenfruchtbarkeit, der Gesundheit und Widerstandsfähigkeit von Pflanzen, Tieren und Menschen die Folge sein. Eine steigende Arbeitslosigkeit wird uns überdies beschert werden.

Die These «wachsen oder weichen» hat bereits dazu geführt, dass jeder zweite Bauernhof aufgegeben worden ist. Weitere werden folgen. Wo bleibt angesichts dieser Entwicklung die Zusage unserer Politiker und Verbände, die bäuerliche Landwirtschaft erhalten zu wollen?

Eines der Rezepte, die uns angeboten werden, heisst Vermarktung ab Hof. Doch wer soll das bewältigen, wenn die Höfe immer grösser, die Arbeitskräfte immer weniger werden? Das funktioniert nur bei einzelnen Betrieben mit Marktnähe. Alle andern sind nach wie vor auf faire Handelspartner angewiesen.

Vielfach werden sogenannte Erzeugergemeinschaften gegründet und mit staatlicher Hilfe gefördert. Viele dieser Förderprogramme kommen Sterbehilfen für die Bauern gleich. Sie sind mit Vorsicht zu geniessen. Am Beispiel der ehemaligen DDR haben wir erfahren, was aus einer subventionierten Landwirtschaft wird, wenn dem Staat das Geld ausgeht.

Wofür gibt es staatliche Beihilfen? In vielen Fällen für die Finanzierung von Fremdinvestitionen. Das wenigste Geld bleibt in der Landwirtschaft. Oft würde man besser von einer Subventionierung der Landmaschinenindustrie oder des Baugewerbes reden!

Unsere Agrar- und Wirtschaftspolitik ist zum Scheitern verurteilt. Alles, was unsere Politiker und Wirtschaftsfachleute als Wachstum bezeichnen, ist im Grund Verbrauch von Kapital! Wirtschaftswunder? Eher wunderliche Wirtschaft!

Wir fördern Oel, Kohle, Erz und andere Rohstoffe, bauen daraus Maschinen und fahren sie zu Schrott. Wir produzieren riesige Müllhalden und nennen das Ganze Wachstum. Nochmals: Das ist kein Wachstum, das ist Kapitalverzehr. **Echtes Wachstum gibt es nur in der Natur!**

Die Zukunft für uns Bauern in der EG ist nicht rosig: Sinkende Preise, steigende Kosten und soziale Belastung bei stagnierendem Absatz. Wir Bio-Bauern sind von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Wir sitzen alle im gleichen Boot. Wir haben aber die Aufgabe, Gegensteuer zu geben und unsern Beitrag an die Erhaltung und Bewahrung der Schöpfung zu leisten.

Ich halte es mit Martin Luther:

Wenn morgen die Welt unterginge, würde ich heute noch ein Bäumchen pflanzen!

Rudolf Schilling

Unabhängig auf eigenem Boden

Die Gegner einer spezifisch europäischen Agrarpolitik sind der Ansicht, wir seien reich genug, um uns überall in der Welt die notwendigen Güter zu kaufen, und zwar zu Preisen, die tief unter jenen liegen, die wir heute für unsere Lebensmittel zu bezahlen haben. Diese merkantilistische Auffassung geht allerdings am Wesentlichen vorbei. Gerade die jüngsten Ereignisse haben uns wieder gezeigt, dass eine gesunde Landwirtschaft in kritischen Zeiten lebenswichtig ist.

Ein Beispiel dafür hat uns im vergangenen Jahr Litauen geliefert. Dort hatte die nationale Volksvertretung beschlossen, die Unabhängigkeit der baltischen Republik gegenüber der Sowjetunion zu erklären. Gorbatschow reagierte darauf wie ein Mini-Stalin. Er verhängte eine Blockade über Litauen, in der Überzeugung, das kleine Land müsse nachgeben. Das ist jedoch misslungen. Moskau musste die Blockade aufheben, weil die litauische Landwirtschaft eine der wenigen funktionierenden des sowjetischen Raumes ist. Sie konnte daher die Bevölkerung zufriedenstellend ernähren. Noch mehr – Litauen hatte Überschüsse und konnte damit einen schwunghaften Handel mit allen benachbarten sowjetischen Republiken wie der Ukraine, Weissrussland und Russland treiben. Die Blockade konnte demnach nicht greifen. *Der Sieg des Zwerges über den Riesen Sowjetunion fusste ausschliesslich auf der landwirtschaftlichen Kraft dieses Landes.* (. . .)

Was die innere Struktur der Landwirtschaft betrifft, so haben gerade auch wieder die Ereignisse der letzten Zeit bewiesen, dass die Grossunternehmen ebenso krisenanfällig sind wie die Grossindustrie. Wirklich lebensfähig in schwerster Zeit sind nur die kleinen Familienbetriebe. Schon am Ende des Zweiten Weltkrieges hielten am besten jene Länder durch, die bäuerliche Strukturen hatten; Staaten mit Grossbesitzern, wie etwa England, haben weit länger Lebensmittel rationieren müssen als die anderen Länder. Auch hängen die Grossbetriebe in Zeiten der Not von weit mehr industriellen Produkten ab als die Familienbetriebe. (. . .)

Will man daher einen Bauernstand erhalten und damit das Existenzminimum der Städte sichern, muss man das Leben auf dem Land auf mehr Fundamente als nur auf die Preise stellen. Die Landwirte sind die Hüter der Natur. Bisher haben das die Bauern getan, ohne dafür bezahlt zu werden. Das ist ungerecht und unbillig. Man müsste sie daher für ihre Arbeit im Dienste der Umwelt entlohnen. *Dass man die Landwirte zu abhängigen Lohnempfängern macht, stimmt nicht. Die Bezahlung für wirklich getane Arbeit schafft keine Abhängigkeit, da sie auf Leistung und Gegenleistung beruht.* Genauso gut könnte man sagen, dass ein Kaufmann abhängig wird, wenn er seine Ware anbietet.

Es würde daher eine solche gerechte Entlöhnung für die Umwelttätigkeit keineswegs den Bauern zum Staatsbeamten stempeln, sondern ihm erlauben, weiter unabhängig auf eigenem Boden zu wirken.

Damit würde es auch gelingen, wieder auf dem Land einen Lebensstandard zu schaffen, der es auch den Jungen erlaubt, auf der ererbten Scholle zu bleiben.

Otto von Habsburg
in «Deutsche Tagespost»